

Riesaer Tageblatt

Deutschschrift
Tageblatt Riesa.
Nummer Nr. 30.
Vorjahr Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskanzlei beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen beförderte Blatt.

Buchdruckerei:
Dresden 1880.
Großfass
Riesa Nr. 32.

Nr. 77.

Freitag, 30. März 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,50 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Herausgabezeitung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Laden. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhung der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Schreibweite für bis 59 mm breite, 3 mm hohe Druckschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Zeile (6 Silben) 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Vermüllter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Urtümliche Unterhaltungsbeiträge entgehen. Rechtläger auf der Elbe. — Um Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Deutschen, der Deutschen oder der Befreiungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Baumer & Winterlich 53. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. für Anzeigen: Wilhelm Bittner, Riesa.

Große politische Debatte im Reichstag.

Stresemann spricht nochmals! — Die Grundlinien des Wahlkampfes.

Frühsitzungen im Reichstag.

* Berlin, 29. 3. (Teil.) In der heutigen Sitzung des Reichstages kam es bei der sehr lebhaften Ausführungen über die Amnestiefrage zu heftigen Zusammenstößen zwischen Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese arteten in eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aus, als der Sozialdemokrat Dr. Landsberg die Vorwürfe des Kommunisten Höllerin zurückwies, die dieser gegen die Sozialdemokraten erhoben hatte. Ein kommunistischer Abgeordneter war auf die zu die Rednertribüne gescharten Sozialdemokraten gestürzt und hatte blutige Wunden am Gesicht erlitten. Wegen der daraus entstehenden Schlägerei verließ Bismarck-Esser auf einige Minuten das Präsidentium. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Kommunist Jadoch von der Sitzung ausgeschlossen. Der Verteiderrat trat sodann zu einer Beratung über diesen Zwischenfall zusammen.

Der Bericht des Reichsbundschusses über die

Ablehnung des Amnestieantrages

führte zu sehr erregten Auseinandersetzungen, die schließlich zu einer wütenden Schlägerei ausarteten und den vorzeitigen Abbruch der Sitzung herbeiführten. Die Stimmung war schon ziemlich erregt, als die völkischen Abgeordneten Dr. Frits und v. Ramm, der kommunistische Abgeordnete Höllerin und der Deutschnationale Abgeordnete Dr. Erler bestimmt Angriffe gegen die Sozialdemokratie wegen ihrer Ablehnung des Amnestieantrages richteten. Als dann der sozialdemokratische Abg. Landsberg seine Rede mit der Erklärung begann, die Sozialdemokraten seien in den letzten Tagen von den Kommunisten sehr umschmeichelt worden, ging der Kommunist Höllerin protestierend gegen den Redner vor und eine ganze Reihe anderer Kommunisten folgten ihm mit lauten Schmähreden gegen die Sozialdemokraten. Etwa 10 sozialdemokratische Abgeordnete liefen die Treppe zur Rednertribüne hinauf, um den Kommunisten den Weg zu versperren. In dieser Kampfstellung — die Sozialdemokraten oben, die Kommunisten unten an der kleinen Treppe — kam es zu einer Schlägerei, bei der besonders der Kommunist Erler bestimmt böse Kopftrefferungen davontrug. Auch andere Kämpfende aus beiden Lagern hatten bald blutige Schrammen.

Mitten in dem Zorn des Kampfes unterbrach Bismarck-Präsident Esser die Sitzung, um bei Wiedereröffnung zu erklären, dass der kommunistische Abg. Jadoch als Urheber der Zumulsumfestigkeiten festgestellt sei und deshalb die Sitzung verlassen müsse. Die Kommunisten protestierten und nötigten Jadoch zum Bleiben, so dass die Sitzung noch einmal unterbrochen werden musste.

Anwälten bestätigte der Verteiderrat die Feststellung des Präsidenten über die Schuld des Abg. Jadoch.

Als nun die Sitzung wieder eröffnet wurde, war Abg. Jadoch im Saale und der Bismarck-Präsident erklärte, es könne aus diesem Grunde nicht weiter verhandelt werden. Abg. Jadoch sei wegen seiner wiederholten Weigerung für acht Sitzungen ausgewiesen.

Ein Antrag des Nationalsozialisten Dr. Frits, weiter zu verhandeln, wurde gegen die Stimmen der völkischen Gruppen, der Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt, nachdem Abg. Erler von der Bayr. Volksp. eine Weiterverhandlung für unmöglich erklärt hatte.

Gegen 22 Uhr war die kurmische Sitzung beendet.

vbd. Berlin, 29. März 1928.

Im Reichstag wurde heute nach debattloser Annahme des Gesetzes über Schuhzonen und Munition in dritter und der Novelle zum Tabaksteuerrecht in zweiter Beratung mit der

dritten Lesung des Staats für 1928

begonnen. Hierbei nahmen die Parteiführer das Wort, um gewissermaßen schon den ersten Wahlkampf ihrer Parteien für den kommenden Wahlkampf vorzuschlagen.

Für die Sozialdemokraten sprach der Abg. Wels, der die Politik der Rechtsregierung scharf verurteilte und die Ablehnung des Staats erklärte.

In der Rede des Deutschnationalen Abg. Graf Westarp interessierten besonders die Ausführungen über die Außenpolitik, mit deren Ergebnissen der Redner nicht zufrieden war. Er erklärte, die Deutschnationalen hätten den nach ihrer Ansicht erreichbaren Fortschritt nicht durchsetzen können, weil sie nicht allein die Mehrheit haben. Jetzt müssten sie der Außenpolitik endlich Illusionen und Selbsttäuschungen aufzugeben werden.

Der Zentrumabg. Dr. Siegertal betonte, dass Zentrum wolle nach wie vor seine Kräfte für die Republik einsetzen. Alle Staatsbürger müssten auch Staatsbürger und Garanten des demokratischen Staates werden. In diesem Zusammenhang teilte der Redner mit, dass er sich beim bairischen Zentrum für die Wiederauflistung des Abg. Dr. Wirth eingestellt habe. Er habe zwar über die Methode mit Dr. Wirth manche Differenzen gehabt, sei aber im Ziel mit ihm einig und wolle seine Kraft dem Reichstag erhalten.

Der volksparteiliche Abg. Dr. Schulz setzte sich in einer kurzen Erklärung für entschlossene Weiterarbeit zur Er-

reichung des Einheitsstaates ein. Die Stresemannsche Außenpolitik müsse fortgeführt werden.

Dann nahm

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

das Wort, um sich ziemlich scharf gegen die außenpolitischen Ausführungen des Abg. Graf Westarp zu wenden: Er führte etwa folgendes aus:

Ich möchte einen Gesetzentwurf ankündigen, auf dessen Erledigung durch diesen Reichstag wir Gewicht legen. Es handelt sich um ein gesetzliches Verbot des Waffenhandels nach China. Wir sind bereit, an der beworbenen internationalem Regelung dieser Frage mitzuwirken, wollen aber schon vorher das angekündigte Gesetz verabschieden. Es ist nicht außergewöhnlich, dass Deutschland einer der hauptsächlichen Waffenlieferanten Chinas sei. Die in China eingeführten Waffen sind meist nicht deutschen Ursprungs, sondern durch Deutschland als Transitland gekommen. Auch das soll durch das neue Gesetz verhindert werden.

Wenn Graf Westarp erklärt, dass Niemand der deutschen Außenpolitik sei allgemein anerkannt, so muss aus dem Munde eines Führers der größten Regierungspartei eine solche Erklärung selbst anmuten. (Lebhafte Zustimmung.) Er hat die Haltung der Deutschnationalen in der Regierung damit erklärt, dass sich die Deutschnationalen gewissermaßen in einer Zwangslage befinden hätten. Er sagte, die Deutschnationalen hätten sich mit dem Locarno-Vertrag und dem Eintritt in den Völkerbund absindeln müssen, aber das bedeutete keine nachträgliche Billigung dieser beiden Tatsachen. Bei der Übernahme der Regierung hat aber Deutschnationaler Dr. Marx gesagt, dass aus gemeinsamem Beschluss aller Regierungsparteien die bisherige Außenpolitik fortgesetzt werden solle. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Sie zu den Deutschnationalen meinen, dass die Methoden der Außenpolitik in dieser Regierungspolitik nicht richtig waren, was haben Sie denn getan, um diese Methoden zu ändern? (Sehr gut!) Graf Westarp sagte, die Deutschnationalen hätten in der Koalition nicht die Mehrheit gehabt. Ich hatte auch nicht die Mehrheit. Es wäre doch Ihre Aufgabe gewesen, den Reichsaussenminister richtiger Wege zu weisen und eine ganz andere Außenpolitik zu inaugurierten. (Sehr wahr!) Will Graf Westarp behaupten, dass wir weniger Verantwortung zu tragen hätten, wenn wir nicht den Locarno-Vertrag abgeschlossen hätten und nicht in den Völkerbund eingetreten wären? Er sagte auch, dass wir nach dem Locarno- und dem Dawesplan einen Rechtsanspruch auf die volle Räumung gehabt hätten. Unser Anspruch auf Rheinräumung gründet sich aber nicht auf dem Locarno-Vertrag, sondern auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Graf Westarp wies hin auf die leichte Niede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Als ich die ersten Zeitungsberichte über diese Rede las, war ich entsetzt über die Überschrift: "Poincaré verlangt neue Pfänden von Deutschland!" Nach dem Wortlaut der Rede hat Poincaré zwar den Rückenbruch mit Argumenten verteidigt, die ich falsch halte, aber er hat dann gesagt, es kann keinen Sieg, von der Vergangenheit zu sprechen. Er hat angeführt, es gebe keine glücklichen Sieger, Siegester und Neutralen. Es kommt alles an auf eine Annäherung, Verständigung und Zusammenarbeit der Länder auf intellektuellem, wirtschaftlichem und moralischem Gebiet. Die Kritik des Deutschnationalen Redners am Völkerbund war in vielen Punkten ungünstig. Wenn wir für Polnisch-Oberschlesien die Anerkennung des deutschen Elterntrecks nach der Genfer Konvention verlangen, so können wir das als Mitglied des Völkerbunds mit mehr Gewicht tun, als wenn wir draußen ständen. Wenn auf einem langen Wege einmal ein Stillstand oder Rücktritt eintritt, so ist das noch kein Grund, den Weg ganz aufzugeben. Wie müssen mit allem Nachdruck die Abrüstung verlangen, wie ich das gestern vor der Auslandspreise ausgeführt habe und wie das in Genf Graf Westarp so ausgeszeichnet dargelegt hat. Trotz mancher Guntäuschungen kann ich eine Aenderung der bisherigen Außenpolitik nicht in Aussicht stellen. Ich halte diese Politik für die einzige mögliche und einzige richtige, die und im Endergebnis zu dem Erfolg führen kann, den wir erreichen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Stresemann führte in seiner Rede u. a. noch aus: Ich kann nicht aus der Niede des französischen Außenministers eine Niede an dem Gedanken der Rheinräumung heransetzen. Wir sind alle der Meinung, dass sich aus dem Geiste der Verträge die Notwendigkeit der Bedingungslosen Räumung ergibt. Dafür weiter zu kämpfen, ist unsere Aufgabe. Ich halte es deshalb nicht für richtig, in den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten etwa eine Abrede an den bisherigen Gang der Politik zu sehen. Graf Westarp hat sich dann über den mangelnden Minderheitenschutz beklagt. Niemand ist bei uns der Meinung, dass der Völkerbund eine ideale Einrichtung ist. Wir müssen aber auch die Rechte der Minderheiten schützen. Niemand wird gegenwärtig von der polnischen Presse mehr angegriffen als der oberschlesische Völkerbundskommissar Galonka, ein Zeichen, dass dieser Mann mit Objektivität an die Dinge herangeht. Zweifellos ist auf vielen Gebieten noch manches zu wünschen übrig geblieben. Glaubt man aber, dass weniger zu wünschen geblieben wäre, wenn wir nicht im Völkerbund wären? Glaubt man, dass unsere Stellung in der Welt eine andere wäre, wenn die Locarno-Verträge nicht bestanden. In dem

Bereich der psychologischen Atmosphäre unter den Völkern steht ein Imponderabile, das früher viel zu sehr vernachlässigt worden ist. Die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika ist materiell und ideell von großer Bedeutung. Die Widerstände dagegen, die bis in die letzten Stunden andauerten, waren vielleicht nicht überwunden worden, wenn nicht die Atmosphäre der letzten Jahre zwischen Deutschland und den anderen Völkern bestanden hätte. Man kann nun einmal nicht jeden Tag die Bilanz ziehen. Wir sind einmütig in der Unzufriedenheit über den Ausgang der Abrüstungskonferenz. Dem Großen Verteidiger gebührt für seine Haltung unser Dank. (Lebhafte Zustimmung.)

Vollkommen abwegig ist die Aussage, dass unser Ziel nicht die allgemeine Abrüstung, sondern die Ausrüstung sei. Unser Ziel ist die Abrüstung aller auf ein vernünftiges Maß. Wir werden auf der nächsten Völkerbundskonferenz zum Ausdruck zu bringen haben, dass die Voraussetzungen für die von uns gewünschte graduelle Abrüstung gegeben sind. 10 Jahre sind kein Zeitpunkt, den man noch als ein „vorbereitendes morgen“ bezeichnen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Der demokratische Abg. Dr. Hammel stellte seine Ausführungen mit der Erklärung, dass die Demokraten die Verantwortung für die Politik des Reichskabinetts und deshalb auch den Staat ablehnen müssten.

Einiges Aussehen erregte es, dass nach einer Antrittsrede des Kommunisten Stöcker auch der Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung, Abg. Dr. Bredt, erklärte, dass seine Fraktion dem Staat nicht zustimmen könne.

Nach weiteren Ausführungen des nationalsozialistischen Abg. Graf Seelenburg und des sozialdemokratischen Abg. Sollmann nahm der Zentrumabgeordnete Dr. Wirth das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er unter großer Unruhe der Rechten die Haltung der Deutschnationalen kritisierte und zu dem Schluss kam, dass die Republik nur von einer Koalition geführt werden könnte, die sich auf die Linke stützt.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Wld.) verlor die Aufführung der Dawes-Gesetze, die jede Befriedung der deutschen Wirtschaft unmöglich mache.

Abg. Roh (Allg. Volkspartei) verlief die Not der Kleinrentner und der Landwirte.

Damit endete die allgemeine Aussprache.

In der

Einzelberatung des Justiz-Staats

wendete sich Abg. Dr. Dahl (DVP) gegen einen Artikel des Deutschnationalen Abg. v. Freytag-Vorsitzenden in der "Sächsischen Tagespost" über die Rechtsausschusssitzungen zur Scheidungsreform. Der Redner verließ Stellen aus diesem Artikel, in dem davon gesprochen wird, dass die Befürworter einer solchen Reform dahin arbeiteten, einen Befreiungswidmung an die Stelle der Ehe zu setzen. Nach der Verlesung des Artikels erklärte Abg. Dr. Dahl dazu: Ich lege hiermit schärfste Verwahrung ein gegen die bewusste Entstellung der Wahrheit. (Beifall bei der Mehrheit.) — Unruhe rechts und links: "Wo bleibt der Ordnungsruf?" Der Artikel, nach seinen Schlüssen ausdrücklich auf die Wahl berechnet, kommt jetzt zur rechten Zeit, um dem deutschen Volk ein typisch abschreckendes Beispiel vor Augen zu stellen, wie ein Wahlkampf nicht unter aufständischen und ritterlichen Gegnern geführt werden darf. (Beifall bei der Mehrheit.) — Unruhe rechts. Ich bitte alle Wähler, sich ihre Kandidaten auch darauf anzusehen, ob sie den primitivsten Anforderungen an einen ritterlich anständigen Wahlkampf genügen. Es ist mir schämlich, dass mein voraussichtlich letztes Wort in diesem Reichstag sich mit einer so unanständigen Sache beschäftigen musste. (Beifall bei der Mehrheit.) — Pfeifzüge rechts.

Abg. Dr. Voerling (DNat.) erhielt dann den Bericht über die Rechtsausschusssitzungen, in denen der Amnestieantrag abgelehnt wurde.

Abg. Dr. Frits (Nat. Soz.) bedauerte die Ablehnung des Amnestie-Antrages. Die von der "Schamlosen Judenpresse" als Hemmerde bezeichneten Männer seien in Wirklichkeit Hemmerde, die den Dank des Vaterlandes verdienten. (Entzückung und Beifall links.) — Abg. Erler (Soz.) rief: "Mordbuben seid ihr!" und wird dafür zur Ordnung gerufen.

Lufttarifsteuer und Volksbildung

* Berlin, (Selbston). Im Reichstag ist ein vom Zentrum, den Deutschnationalen, den Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung beauftragter Gesetzentwurf eingegangen, der dem Finanzausgleich mit Wirkung ab ersten April 1929 folgende Vorschriften aufzugeben will: Jedoch sind steuerfrei zu belassen solche Veranstaltungen, die der Volksbildung und der Erholung dienen. Als solche gelten Vorführungen der Opern- und Operettbühnen, Vorträge und Konzerte ohne Konzert- und Tanz, Sportveranstaltungen sowie Lichtspielvorführungen, von denen Bildstreifen von mindestens 200 Meter Länge als künstlerisch, volksbildend oder belehrend von dem Reichsministerium des Innern oder von den durch dieses bestimmten Stellen anerkannt sind. Für andere Lichtspielvorführungen darf die Steuer fünfzig vom Hundert des Preises oder Entgelts nicht überschreiten.